Favoriten im Parlament

Raus aus Atomkraft!



Viele Anfragen besorgter BürgerInnen, das Wälzen von Strategien mit diversen Umweltorganisationen, jede Menge spannender Podiumsdiskussionen - auch im Zuge der langen Nacht der Kirche - und Anrufe von JournalistInnen haben mir seit dem Reaktor-Unfall in Fukushima einige schlaflose Nächte beschert.

Ich bin der Ansicht, dass Umweltpolitik grundsätzlich für die Menschen zu geschehen hat. Deswegen habe ich sofort nach Fukushima ein 10-Punkte-Programm veröffentlicht, wie der Atomausstieg am besten gelingen kann. Nachzulesen ist dieses Programm auf meiner Homepage www.petrabayr.at unter „Parlament“ und dann weiter unter „Fakten“.

Die veralteten Atommeiler im slowenischen Krsko, im tschechischen Temelin, im slowakischen Mochovce und andere stellen ein manifestes Risiko für Österreich und die österreichische Bevölkerung dar.

Selbstkritisch muss man sich eingestehen, dass Österreich zwar selbst keinen Atomstrom erzeugt, jedoch über Stromimporte sehr wohl Atomenergie nutzt.

Diese Abhängigkeit gilt es aus meiner Sicht zu durchbrechen. Bis zum Jahr 2015 will Österreich unabhängig von Atomstromimporten werden und damit einen wichtigen Beitrag zur AKW-Freiheit Europas und zum Ausbau erneuerbarer Energie leisten.

Stresstests alleine sind zu wenig

In der Form, wie sie jetzt beschlossen wurden, dienen die Stresstests mehr dem Weiswaschen der Atomlobby als der wirklichen Sicherheit der Reaktoren. Unabhängige Fachleute von Anfang an und klare Konsequenzen aus dem Versagen bei den Stresstests müssen her!

Ich hoffe, dass die Menschheit diesmal die richtigen Lehren aus der AKW Katastrophe gezogen hat. Immer mehr Länder um Österreich beschließen den Atomausstieg: nach Deutschland und der Schweiz zuletzt auch Italien in einem beeindruckenden Votum von 95 Prozent der BürgerInnen.

Der Druck der Bevölkerung ist hierbei entscheidend, denn nur wenn die Wähler und Wählerinnen zu Wort kommen, kann europaweit eine Umkehr einsetzen.

Deswegen will ich mich auch auf europäischer Ebene gemeinsam mit unserem Bundeskanzler, österreichischen Umweltorganisationen und der deutschen SPD für eine EU-weite Anti-AKW BürgerInneninitiative im kommenden April einsetzen.

Info-to-go: Vereinbarkeit von Job und Privatem



"Vereinbarkeit von Beruf und Familie" ist ein frauenpolitischer Dauerbrenner. Aus diesem Grund haben wir Favoritner SPÖ Frauen am 7. Mai ernst gemacht und haben zum Muttertag am Viktor-Adler-Markt, neben den üblichen Muttertags-Blumengrüßen, auch verschiedene Organisationen eingeladen sich zu präsentieren. Die Infostände reichten von den Wiener KindergärtnerInnen, über den WAFF und AMS, bis hin zur abz-Frauenberatung.

Unsere Intention war einfach: Wir wollten das "Muttertags-Moment" nutzen und so möglichst viele Frauen ansprechen. Das Echo war auch entsprechend positiv. Viele Passantinnen sind stehen geblieben und ließen sich beraten. Genau dazu ist meiner Meinung nach öffentlicher Raum da, damit die Leute zusammen kommen und sich austauschen können!

Wir planen das Ganze natürlich auch in den kommenden Jahren zu wiederholen und vielleicht sogar noch auszuweiten.

Auszeichnung mit dem Robert Danneberg-Preis



Heuer im Mai hatte ich als Vorsitzende der Favoritner SPÖ Frauen die Ehre beim Landesparteitags der Wiener SPÖ gemeinsam mit vielen anwesenden Bezirksrätinnen und Funktionärinnen der Favoritner SPÖ-Frauen, den "Robert Danneberg-Preis" in der Kategorie "Veranstaltungen und Aktionen" vom Bürgermeister in Empfang zu nehmen.

Der Preis für ehrenamtliches Engagement ist mit 700 Euro dotiert und wurde heuer zum zweiten Mal, ganz im Sinne des großen, sozialdemokratischen Politikers und Journalisten, der 1942 in Auschwitz ermordet wurde, vergeben.

Unsere Art der Informationsvermittlung "Info to go" hat die Jury überzeugt. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die immer mithelfen, dass unsere Marktveranstaltungen so gut laufen!

KolumbianerInnen im Arbeitskampf

Im April hatte ich gleich zwei Mal Besuch aus Kolumbien im Hohen Haus. Nur wenige Wochen, nachdem der kolumbianische Vizepräsident bei einem offiziellen Wien-Besuch Lobbying für ein europäisches Freihandelsabkommen mit Kolumbien gemacht hatte, besuchten mich zwei kolumbianische Gewerkschafterinnen im Parlament. Sie waren gekommen, um dafür zu werben, eben dieses Abkommen zu verhindern.

Ihr Standpunkt lautete wie folgt: Solange es in Kolumbien besonders für GewerkschafterInnen lebensbedrohlich ist sich politisch zu engagieren und sich für die Rechte der ArbeitnehmerInnen einzusetzen, würde so ein Abkommen nichts bringen – es würde die Situation nur legitimieren.



Die Situation von Gewerkschaftern und Menschenrechtsaktivisten in Kolumbien ist katastrophal. Nach wie vor von der eigenen Regierung bespitzelt, von Auftragsmördern und Killer-Schwadronen bedroht, bewies der Besuch der beiden Frauen in einigen Ländern Europas sehr viel Mut!

AWEPA-Resolution für Einbeziehung von Frauen

Aber auch andernorts braucht es oft sehr viel Mut: Am 31. Oktober 2000 wurde vom UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedet, die die internationale Staatengemeinschaft dazu auffordert, Frauen in Konfliktsituationen besonderen Schutz zukommen zu lassen und sie zudem in Friedensprozesse und in den Wiederaufbau von Staaten nach Konflikten und Kriegen aktiv politisch und wirtschaftlich einzubinden.

Anlässlich des 100. Frauentages versammelten sich die Frauen der AWEPA Sektion Österreich (Association of European Parliamentarians with Africa) im Historischen Sitzungssaal des Parlaments,



um zu demonstrieren, dass wir ÖsterreicherInnen parteiübergreifend hinter diesem wichtigen Anliegen der Vereinten Nationen stehen.

Im Rahmen von AWEPA vernetzen sich Abgeordneten und tragen mit Aktionen, Seminaren und Kontakten dazu bei, durch Dialog und Zusammenarbeit die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas zu fördern.

Reise nach Burkina Faso



Ende März besuchte ich, in meiner Funktion als Entwicklungssprecherin, gemeinsam mit einer Delegation von Abgeordneten, Burkina-Faso.

Die Einbeziehung von behinderten Menschen und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit im ländlichen Raum waren Schwerpunkte dieser Reise. Wir besuchten u.a. eine Schule, die mit österreichischen Geldern finanziert wird.

Dort, im Südwesten des Landes, erlebten wir, was die sinnvollste Prophylaxe gegen Menschenhandel und Arbeitsmigration ist: Bildung.

Anstatt mit falschen Versprechungen aus ihren Dörfern weggelockt - in zumeist sehr ungewisse Zukunft - haben die Jugendlichen dort sehr konkrete Pläne, wie sie das Erlernte später praktisch umsetzen werden.



Afrikanischer Kampf um Nahrung und Einkommen



Im Mai konnte ich Gäste aus Afrika im Hohen Haus begrüßen. Mit einer Greenpeace-Delegation besuchten Harouna Lebaye (Mauretanien) und Ameth Wade (Senegal) Österreich.

Eindringlich wiesen sie auf die dramatischen Veränderungen ihrer Lebenssituation als Fischer in den letzten 15 Jahren hin.

Die Fischereiabkommen und Joint Ventures mit der EU haben großräumige Überfischung, den Verlust traditioneller Fangmethoden wie das Fischen mit Hilfe dressierter Delfinen, Arbeitslosigkeit und die Armut weiter Teile der Bevölkerung zur Folge.

Ich konnte mich ihrem Appell für eine nachhaltige Fischereipolitik nur anschließen. Fisch und Meer sind für alle da. Alle Menschen sollten davon profitieren können. Wir müssen lernen, diese gemeinsame Ressource besser zu teilen und nachhaltiger zu bewirtschaften.